

Sächsisches Volkszeitung

Ercheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Bezugspreis: Vierteljahr 1.50 M. (ohne Postgebühren), für Ostpreußen 2.00 M. Bestellungen an Postämtern L. Zeitungspreisliste Nr. 6858.
Eingelassene 10 Bl. — Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6 gepalt. Zeitspalt. oder deren Raum mit 15 J. Reklamen mit 50 J. die Zeile berechnet. In Wiederholung, Deutscher Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillniger Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1906.

r. Das „persönliche Regiment“.

Am Mittwoch stand auf der Tagesordnung des Reichstages die nationalliberale Interpellation über unsere internationale Lage. Merkwürdige Begleiterscheinungen machen diese Interpellation geradezu lächerlich. Vor einiger Zeit wurde in der offiziellen Presse angekündigt, daß der Reichskanzler einen ihm „freundeten“ Parlamentarier bitten werde, durch Einbringung einer Anfrage ihm Gelegenheit zu bieten, sich über die allgemeine Lage auszusprechen und am letzten Sonnabend war Wassermann beim Reichskanzler; am Dienstag mittag meldete er bereits die Interpellation an. Fürst Bismarck aber erklärte sich sofort bereit, die Anfrage zu beantworten. Der Bericht über den Verlauf der Sitzung befindet sich an anderer Stelle; hier seien aber einige grundsätzliche Bemerkungen gemacht, die zur Klärung der Tragweite dienen sollen.

Wenn man so viel vom persönlichen Regiment redet, muß man genau unterscheiden, inwiefern ein solches zulässig ist und inwiefern nicht. Für den Kenner der Reichsverfassung hat es gar nichts Ueberraschendes, daß sich bei uns ein starkes persönliches Regiment entwickelt, weil die Reichsverfassung selbst die beste Basis für dasselbe bietet. Wenn der Kaiser aber nun alle seine Rechte in Anspruch nimmt, die ihm die Verfassung bietet, kann niemand sich beschweren, weil er nur bestehende Rechte ausübt. Gar oft wird dies ganz übersehen. Nun halte man sich vor Augen, daß der Artikel 11 der Reichsverfassung u. a. dem Kaiser folgende Rechte zuschreibt: „Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beurlauben und zu empfangen.“ Der Kaiser ernannt ferner alle Reichsbeamte; er hat bei wichtigen militärischen Aenderungen eine Art Väterrecht und ist oberster Kriegsherr; er hat die Ueberwachung aller Reichsangelegenheiten. Nach einer Anzahl weiterer Rechte ließe sich aufzählen; aber diese schon genügen, um das große Uebergewicht des Kaisers in der Verfassung zu erkennen; diese Bestimmungen lassen eben im weitesten Umfange ein persönliches Regiment zu.

Die Einengungen desselben sind in der Verfassung nur spärlich; wohl besteht unter dem Vorsteher Bayerns ein Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten; aber derselbe konnte sich unter Bismarck gar nicht betätigen und die Nachfolger Bismarcks liehen ihn auch nicht recht aufkommen; so bleibt der Kaiser auf dem ganzen Gebiete der auswärtigen Politik eben mehr oder weniger unbeschränkter Herr, zumal der Reichstag sich bisher höchst selten um solche Fragen gekümmert hat. Die inneren Streitigkeiten nehmen dessen Zeit fast ganz in Anspruch und auch die deutsche Presse schenkt den auswärtigen Fragen nicht jene Aufmerksamkeit, die man in Frankreich und England in den Zeitungen findet. Fürst Bismarck sagte niemand etwas über unsere Auslandspolitik und so hat sich dieses Gebiet bisher immer für sorgfältiger Schonung erfreut.

Genau bedeutet eine Einengung des persönlichen Regiments auch die vorgeschriebene Gegenzeichnung des Reichskanzlers, der hierdurch die Verantwortung übernimmt. Kein Erlaß des Kaisers hat Verbindlichkeit ohne eine solche Gegenzeichnung. Aber welcher Art ist denn die Verantwortlichkeit, die der Reichskanzler übernimmt? Darüber sagt nun die Reichsverfassung gar kein Wort mehr; ein besonderes Ministerverantwortlichkeitsgesetz haben wir auch nicht, auch keinen Staatsgerichtshof, der über Minister zu Gericht sitzt. Mit Recht hat schon vor 30 Jahren all dies unser großer Windthorst gefordert, jedoch vergebens. Wer also eine Stärkung der Stellung des Reichskanzlers wünscht, wer das Verantwortlichkeitsgefühl desselben heben und stärken will, muß hier einsehen; ein solches Ministerverantwortlichkeitsgesetz ist eine gute Gegenmaßnahme gegen das persönliche Regiment. Heute kann ein Reichskanzler trotz der Verfassung nicht zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden; er untersteht zwar dem Reichsbeamtengesetz wie seine Kanzleidiener, aber man wird wohl nie erleben, daß ein Disziplinargericht einen Reichskanzler für unwürdig erklärt, sein Amt weiter zu verwalten. Hier also muß der Gegenstand einsehen. Aber wir erwarten von einem starken Reichskanzler nicht alles; manches kann er lassen, aber schließlich erhält er seinen Abschied, wie es Bismarck 1890 erging.

Das unentbehrliche Gegengewicht gegen das in der Verfassung niedergelegte persönliche Regiment ist vielmehr ein starker Reichstag, dessen Befugnisse in der Verfassung unmittelbar hinter denen des Kaisers aufgezählt werden. Ein lebensfähiges Parlament ist in der Lage, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Nun haben wir durch Einführung der Anwesenheitsgelder bereits einen Schritt in dieser Richtung gemacht; am Dienstag waren 316 Abgeordnete anwesend. Wenn es so weiter geht, kräftigt sich der Reichstag sehr rasch; er erhält neue Arbeitskräfte, die Abgeordneten sind nicht mehr überlastet; die Referate werden besser verteilt. Die Arbeit ist eine gründlichere und von der Regierung unabhängiger. Alle diese Momente vermehren den Einfluß des Parlamentes und vermindern den des persönlichen Regiments. Wenn deshalb seit Jahren das Zentrum so hohen Wert auf die Einführung der Anwesenheitsgelder legte, so geschah dies besonders, um den Einfluß des Reichstages zu stärken. Auf diesem Wege muß vorgegangen werden.

Von all den diesen Reden und Zeitungsartikeln gegen das „persönliche Regiment“ versprechen wir uns nicht viel; sie haben eher eine gegenteilige Wirkung. Der Kaiser ist nun einmal eine starke Persönlichkeit und auch über die Jahre hinaus, wo er keinen Charakter noch ändern wollte; er wird höchstens erbitterter, je mehr man hierüber redet und gebessert wird damit nichts. Wer die Verantwortung für unsere gesamte Politik nicht auf zwei Augen stützen will, der vergesse nicht, daß ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz mit Staatsgerichtshof und Erhöhung des Einflusses des Reichstages viel wertvoller ist, als die schönste Rede. Wenn der Kaiser aber seine Ansichten über Kunst, Technik usw. äußert, kann man ihm dies nicht verbieten; ein solches Recht hat er, wie es jede Zeitung für sich in Anspruch nimmt, auch ihre Meinung zu sagen. Man wird so nun gar bald erleben, ob der neueste nationalliberale Sturm irgend einen Erfolg hat oder nicht; wir glauben nicht, denn die Nationalliberalen leiden an politischer Knochenweichung und gehen nicht mehr mit, wenn es Ernst wird.

Die Buren in Deutsch-Südwestafrika.

In Deutsch-Südwestafrika hat sich eine Burenfrage aufgerollt, deren wirtschaftliche und nationale Tragweite nicht zu unterschätzen ist. Viele Buren haben in dem Aufstand, der über die deutschen Kolonien hereinbrach, eine für die deutsche Sache böse Rolle gespielt, die Zahl der Buren dagegen, die wirklich Dienste geleistet und auf Deutschlands Seite gestanden sind, ist leider sehr klein gewesen.

Als der Hereroaufstand ausbrach, machten sich Transport- und Verpflegungsschwierigkeiten äußerst fühlbar. Daß von der deutschen Kolonialregierung schwere Fehler begangen worden waren, ist allbekannt. In diesen schweren Augenblicke hätte der Buren helfend eingreifen sollen; darum warb die deutsche Kolonialverwaltung Tausende an. Die Art der Werbung sagt genug: Gute Verpflegung, Schnaps, guter Lohn usw. und die Aussicht, sie würden Gewehre mit Munition erhalten und Wild fischen können noch Herzenslust. Das war verlockend, denn der Gang zum Jagden liegt im Blut der Buren; aber eine Eigenschaft ist verkommen, die alte Einfachheit, Gemüthsruhe und Sittenlosigkeit hat sich in dem einst so sittenstrengen, enthaltenen und kraftvollen Volke eingenistet. Im Transvaal und im ehemaligen Freistaat werden diese bösen Folgen des Krieges nur mit Mühe niebergehalten, aber lange wird es den Pastoren nicht mehr gelingen.

Die Buren von heute sind seit 1902 tief gesunken; dafür aber ist der Dünkel und Hochmut in demselben Verhältnis auch wieder gestiegen. Ein Mitarbeiter der „Reichspost“ schreibt aus Brötoria: „Bei aller Anerkennung für die alte Regierung waren wir doch nur Bürger vierter Klasse, die hinter dem feigen Buren rangieren mußten. Auch nach dem Kriege hielten wir zur alten Ehre, als es galt, auf friedlichem Wege zu erreichen, was die Untüchtigkeit, der Hochmut, ich will nicht sagen die Verrücktheit vieler Führer und die Treulosigkeit von 14000 Buren nicht erreichen konnten. Und wurden nicht Stimmen laut bei der Neuorganisation der Dinge, die Uilanders gehören nicht zum Ganzen? Bloß General Botha, der uns kannte und so tarieren wachte, trat für uns Nichtburen ein. Die Achtung vor der Wissenschaft ist beim Buren noch äußerst gering. Er meint, weil er mit dem wilden Vieh aufwächst, müsse er auch alle Krankheiten und alle Heilmittel besser kennen, als jeder Tierarzt und jeder Bakteriologe; wer daran zweifelt, wird öffentlich verhöhnt und verspottet, wie Dr. Theiler, der im Interesse der Viehzucht für das Land so viel geleistet hat.“

Ein wirklich willkommener Zuwachs für Deutsch-Südwestafrika wären nur die besseren Elemente, allein diese wollen die Scholle, auf der sie aufgewachsen sind, nicht verlassen, trotz der Verarmung nach dem Kriege. Dafür sind aber Leute eingewandert, die sich unter den anständigen Buren nicht mehr sehen lassen durften, weil sie Verräter waren, oder sonstige im Trüben fischen. Die während des Feldzuges geworbenen Buren hatten wenig Arbeit, doppelte Weiterzahlung, guten Verdienst. Sie erhielten Wagen, Bespannung usw. auf Abzahlung. Dieses Vertrauen wurde schändlich mißbraucht. Schwindereien herrschten im Süden und Osten des Landes. Leider konnte man bei dem Mangel an Kontrolle ihnen den Betrug nicht strikt nachweisen. Angezogen durch den reichen Viehstand würden diese Leute gern in Südwestafrika bleiben, doch ist große Vorsicht am Platze, da die weitaus größte Zahl derselben mehr oder weniger offen auf Seite der Hereros standen oder stehen. Hoffentlich kommt es dazu, daß eine gemischte Kommission die Ein- und Zuwandernden etwas näher betrachtet; so wie bisher darf es nicht weitergehen. Andere Länder wehren sich auch.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 117. Sitzung am 14. November 1906.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation, betr. die internationale Lage; dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Mit der Reichsanleihe bereit, Auskunft zu geben über unsere Beziehungen zu den übrigen Mächten und sich über die Botschaft zu äußern, die in weiten Kreisen des deutschen Volkes wegen der internationalen Lage herrscht.“

Am Bundesratsitz: Sämtliche Minister und Staatssekretäre, darunter Fürst Bismarck.

Fürst Bismarck erklärte sich bereit, die Anfrage sofort zu beantworten.

Abg. Wassermann (Natl.): Ein Gefühl starker Unzufriedenheit und großen Mißbehagens hat sich in den letzten Wochen deut-

lich bemerkbar gemacht; zwischen verantwortlicher und nichtverantwortlicher Stelle liegt ein Widerspruch. Die hohenloehschen Denkwürdigkeiten haben gezeigt, wie Männer an die entscheidende Stelle gelangt. (Weiterkeit.) Die Gutgesinnten im Lande beschleiden ein Gefühl der Unzufriedenheit und die Kritik hat sich auch der auswärtigen Politik bemächtigt. Der Ernst der Lage kann nicht mehr vorhänden, das Vertrauen zur auswärtigen Politik ist nicht mehr vorhanden. An verantwortliche Stellen kommt nicht mehr immer der Tüchtigste, sondern die persona grata und gratissima. (Sehr richtig! links.) Erinnerungen und Enttäuschungen sind gemacht worden, die an die Kabinettsregierung Friedrich Wilhelm erinnern, man spricht von einer Camarilla. Das Wort Isolierung ist in aller Munde. Bismarck hätte sich auf den Dreieck und hätte den Rückversicherungsvertrag mit Ausland, der auf persönliche Einflüsse hin gelöst wurde, die Erblichkeit Bismarcks war glänzend. Zu Zeiten Bismarcks waren wir beliebt. (Weiterkeit.) Heute hat man die Zeit der Telegramme, der Gesandten usw. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der Dreieck hat für Deutschland so wenig einen Wert. Italien gestottert sich stets Extratouren und neigt immer mehr zur französischen Seite. Oesterreich ist für seine Bundesstreue überhöflich beliebt worden, es war nicht der „brillante Sekundant“, sondern der unbeteiligte und neutrale Vermittler. Welche Botschaft hegt man erst angesichts eines Thronwechsels in Oesterreich? Wer wird dort die Oberhand erhalten? Das neue französische Ministerium ist um eine Aunere deutschfreundlicher als die früheren Kabinette. Der Reichskanzler müße sich über die Richtung in Russlands Verhältnis aussprechen. Mit England stehen wir etwas besser, den Bürgermeisterversuch legen wir nicht viel Wert bei. (Sehr richtig!) Der Besuch des englischen Königs bei seiner Nichte in Kronberg brachte den schmerzlichen englischen König (Sehr richtig!) mit dem Kaiser zusammen, vielleicht sind einige persönliche Bestimmungen beigelegt. Wir leben in dem Zeitalter der Verhandlungen und Bündnisse, was für Deutschland die Gefahr bringt, daß England Frankreich mißbraucht. Oesterreich und Ausland vereinigen sich, auch England und Ausland suchen sich zu verständigen, um uns immer mehr zu isolieren. (Auf: Schwarzleber! Weiterkeit.) Gutgesinnte Patrioten leben mit Bedenken in die Zukunft, der Reichskanzler kann nicht alle zeichnen. Unsere auswärtige Politik entbehrt der Ruhe und Stetigkeit. In manche Verhandlungen wird mit rauher Hand eingegriffen. Bestimmungen, die durch Reden hervorgerufen werden, werden durch Doppeldeutigkeit nicht ausgeglichen. Im Ausland betrachtet man uns mit Verachtung. Wir leben heute keine akute Krisenzeit, aber Besorgnisse infolge unserer Einseitigkeit. Wir sind auch stark allein durch unser Heer und unsere Flotte; wir vertrauen auf unser starkes arbeitendes Volk, das auch durch eine schlechte Politik nicht ruiniert werden kann. Nicht aus Angst und Schwarzleberlei wünschen wir eine Ausrede, sondern wegen der Besorgnisse (Auf: links: Vor den kommenden Wahlen) um unsere scheidlichen Zustände. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler Fürst Bismarck dankt für die vielen Beweise der Aufmerksamkeit während seiner Erkrankung, mit Gottes Hilfe werde er wieder auf seinem Plage, Reichstag, Reichskanzler und Bundesrat gehören zusammen, sie sind der Oberbau unseres Reiches und verkörpern den Einheitsgedanken. Was ist für unsere internationale Lage wünschenswert, was erreichbar? Ein engeres Bündnis mit Frankreich ist noch nicht realisierbar, die Ursachen sind verschieden. Leon Gambetta, dem ich menschlich nahe stand, hat mir als junger Sozialist einstens gesagt, daß man mit Frankreich in großen Zeiten alles machen könne. Ich dachte mir damals, möge Deutschland nicht aus solche Männer haben. Frankreich hat einen hochgeprägten Nationalcharakter, es war ein in sich geschlossenes Reich, als Deutschland und Italien nur geographische Begriffe waren, ein Stück Marmor zwischen zwei Mosaikplatten. Die lange Parade französischer Marine in Deutschland kam 1870 zum Abschluß, Deutschland war einig nach außen und Italien ist kein tote gefülltes Mosaikstück mehr, an den Dreieck gelehnt, kann es sich Frankreich nähern, letzterem fällt es schwer, sich an Deutschlands Macht und Einfluß zu gewöhnen. Kein Minister, kein Senator und kein Deputierter in Frankreich ist offen für ein Bündnis mit uns eingetreten. (Auf: Ja, ja!) Ja, ja! Eine Schwäche macht noch keinen Sommer, auch wenn es eine rote Schwärze ist. (Weiterkeit.) Allerdings nimmt die Zahl der Franzosen zu, die sich gegen einen Angriffskrieg mit seinen großen Verloren aussprechen. (Gravo!) Die französisch-russische Allianz ist bis jetzt keine Gefahr für den Frieden gewesen, sie ist ein Gewicht, das zum regelmäßigen Gang der Weltuhr gehört. Die westmächtlige entente cordiale ohne gute Beziehungen zu Deutschland ist eine Gefahr für den Frieden. Eine Entstellung Deutschlands wäre für den Weltfrieden eine Gefahr, aber eine solche Eingliederung ist ohne Druck nicht möglich, und Druck erzeugt Gegenruck. (Sehr wahr!) Bestimmungen hat es zwischen Deutschland und England gegeben, beide Teile sind hieran schuld. Au militärischem Gebiete sind wir auf einander angewiesen, jeder von beiden hat ein Interesse, sich als guten Runden zu erhalten. Verständige Leute beider Nationen sollten sich bemühen, sich besser kennen zu lernen und von diesem Gesichtspunkte aus begründe ich die Reize der Bürgermeister und der Journalisten, ich schäme dies höher ein als der Vorredner. Auf publizistischem Gebiete ist haben und drüben viel getümmelt worden, möge es nun besser werden. Der Ausbau der deutschen Flotte richtet sich nicht gegen England, das anzunehmen, ist töricht. Wir denken gar nicht daran, eine Flotte zu bauen, die die Größe der englischen erhält. Wir haben ebenso ein Recht, uns Schiffe zu bauen, wie andere Staaten, um unseren Handel zu schützen und die Küsten offen zu halten. Das deutsche Volk und der deutsche Kaiser hat keine kriegerischen Absichten; wir haben seit 35 Jahren keinen Krieg geführt. Deutschland verfolgt eine friedfertige Politik. Wenn wir zu England in bessere Beziehungen kommen wollen, brauchen wir Zeit und Geduld. Unser politisches Barometer steht auf „Veränderlich“. Soll es auf „Schönes Wetter“ kommen, müssen persönliche Bestimmungen ausbleiben, das gilt für beide Länder, für jede Rangstufe. König Edward und Kaiser Wilhelm lassen nicht persönliche Stimmungen für die Politik maßgebend sein; der Besuch in Friedrichsruh hat zur Befestigung guter Beziehungen beigetragen. (Auf: Na! na!) Italien war auf der Marokko-Konferenz in einer schwierigen Lage, weil es mit Frankreich gewisse Abmachungen getroffen hatte, die mit dem Dreieck nicht in Widerspruch stehen. Deutsche Untertanen in Tripolis haben nie Missethaten, hat man doch gefast, wir wollen eine direkte Verbindung zwischen Kamerun und Tripolis nach Trief. (Weiterkeit.) Was nacher nicht verantwortliche italienische Deputierte sagen, ist nicht so tragisch zu nehmen! Auch bei uns sagt mancher Unverantwortliche vieles. (Sehr richtig! links.) Ein rumänischer Deputierter, der viel Reformen forderte, wurde Minister, führte aber nichts durch und als ich ihn in immer jarter Weise — Sie kennen mich ja — (Weiterkeit.) daran erinnerte, meinte er: „Sobald man Minister wird, ändert man seine Ansicht vom Grund aus!“ (Weiterkeit.) Kommt auch anderswo vor. Der Dreieck hat sich noch nicht praktisch bemächtigt; er hatte keinen Grund hierzu; aber er nützte nur, weil er bestand; er schließt Konflikte zwischen den Verbündeten aus. Die Fortdauer des Dreieckes entspricht einem europäischen Bedürfnis. Oesterreich-Ungarn war uns in Algerien ein treuer Freund; gegebenenfalls sind wir ebenso treu, getragen vom Vertrauen dieses Hauses. (Beifall.)